

Aushöhlung des Vertrags.“ Doch in Zukunft wird die Bonner SPD-Führung nicht umhinkommen, Klarheit über den eigenen parlamentarischen Standort und über rot-grüne Mischformen zu suchen. Vor allem Parteichef Brandt wird seine Haltung zu friedens- und umweltbewegten Themen und Sympathisanten näher bestimmen müssen.

Im nächsten Jahr hat er dazu öfter Gelegenheit – wenn sein Parteifreund Apel in Berlin vor der Entscheidung steht (Wahlen am 10. März), in der Opposition zu bleiben oder aber mit der CDU, vielleicht sogar mit den Alternativen zusammenzuarbeiten. Brandts Ziehkind Lafontaine, der an der Saar eine echte rot-grüne Koalition begründen will (Wahlen am 10. März), braucht dazu, außer den Wählerstimmen, die Bereitschaft der Grünen; und die ist bisher ebenso wenig gesichert wie in Düsseldorf (Wahlen am 12. Mai).

Sicher scheint, daß sich die Bonner SPD-Führung 1985 nicht länger vor der entscheidenden Frage drücken kann, ob sie künftig den Grünen mit grüngestrichener Politik die Basis entziehen will oder die Zusammenarbeit mit den Newcomern sucht.

Im SPD-Präsidium wies Brandt zaghaft in eine neue Richtung: Dort beklagte er sich über Erlebnisse mit Sektierern und radikalen Linken bei jüngsten Friedensdemonstrationen und empfahl, die SPD solle versuchen, solche Veranstaltungen künftig ohne Mitwirkung anderer Gruppen zu organisieren.

OSTPOLITIK

Kostbares Ergebnis

Kalte Krieger in Warschau und Bonn sind schuld am Scheitern der Polenreise von Außenminister Hans-Dietrich Genscher.

Über den Wolken, auf dem Flug zur Blitzvisite beim Europarat in Straßburg, war die Welt des Hans-Dietrich Genscher wieder im Lot.

Laut las der Außenminister am Donnerstag morgen voriger Woche aus der ihm aufbereiteten Pressemappe vor, was er selbst für richtig hielt und, zu seiner Genugtuung, von den meisten westdeutschen Medien bestätigt bekam: daß er völlig zu Recht Pressionsversuchen aus Warschau widerstanden und seine Reise nach Polen tags zuvor, nur wenige Stunden vor dem Abflug, abgesagt habe.

Beifall für seine Standfestigkeit hatte Genscher am späten Dienstagabend auch von Kanzler Helmut Kohl erhalten. Der fand es „völlig unzumutbar“, sich den Bedingungen des Regimes in Warschau zu unterwerfen, und bescheinigte seinem Duzfreund, die „richtige Entscheidung“ getroffen zu haben.

In Wahrheit ist die Absage eine der größten Pleiten in seiner über zehnjährigen

Amtszeit, und daran ist er selbst nicht unschuldig. Seit der Ankündigung seines Rückzugs aus der FDP-Spitze werden im Ausland die Fragen nach Genschers „schleichender Selbstentmachtung“ („Stuttgarter Zeitung“) immer lauter – mit allen Konsequenzen: „Er ist eben nicht mehr repräsentativ für die Regierung in Bonn“, urteilt Ryszard Wojna, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im polnischen Parlament.

Doch auf dem Spiel steht nicht allein das Renommee des dienstältesten Außenamtschefs im Westen. Mit der Besuchsblockade haben die ohnedies heiklen deutsch-polnischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht, wie er seit den

sie dem Außenminister in einer internen Lagebesprechung, hätten den Besuch aus Bonn zu diesem Zeitpunkt verhindert.

Zu den „Betonköpfen“ des Regimes, so die AA-Analyse, zähle auch Genschers Gastgeber, Polens Außenminister Stefan Olszowski. Ihm hatte Genscher noch in der Nacht der Absage seine „persönliche Betroffenheit“ übermitteln lassen.

Bis zuletzt habe sich hingegen dessen Vize Kuczma bemüht, die Stolpersteine für die Genscher-Visite doch noch aus dem Weg zu räumen.

Zumindest alle mitreisenden Presseleute, darunter auch der „Welt“-Korre-



Bitte warten ...

Kölner Stadt-Anzeiger

Ostverträgen nicht für möglich gehalten wurde.

Nach Absagen von DDR-Staatschef Erich Honecker und des bulgarischen Parteichefs Todor Schiwkoff mußte die Bonner Wende-Regierung damit am Bußtag den dritten schweren Rückschlag in ihrer Ostpolitik hinnehmen. Des Kanzlers Prophezeiung, trotz Raketenstationierung werde es zu keiner Kontaktsperre mit den Osteuropäern kommen, erweist sich einmal mehr als Trugschluß.

Für die Genscher-Kritiker im Unionslager, die seit langem für eine härtere Gangart nach Osten plädieren, sind die Reihen in der Koalition fürs erste wieder geschlossen. Sogar „die Softis im Auswärtigen Amt“, so ein schadenfroher Kohl-Gehilfe, hätten ihrem Chef endlich einmal zur Härte geraten.

Genschers Ostexperten kennen die an dem Eklat Schuldigen: „Starke Kräfte“ in der polnischen Führung, berichteten

spondent Carl Gustav Ströhm, den die polnischen Behörden wegen seiner „feindseligen und häufig verlogenen Veröffentlichungen“ ablehnen, sollten ein Visum erhalten.

Die von Genscher erwogenen Besuche an den Gräbern eines unbekanntenen deutschen Soldaten und des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko sollten, so hatten die Bonner vorgeschlagen, vor Ort geregelt werden. Genscher selbst wollte bei seinen Gesprächen mit Parteichef Wojciech Jaruzelski und Primas Jozef Glemp ausloten, wie Staat und Kirche auf eine Inkognito-Visite am Popieluszko-Grab (Genscher: „Ohne Kamera“) reagieren würden.

Doch die „Betonköpfe“ blieben hart und ließen den Besuch lieber scheitern: Die Gemäßigten um den innenpolitisch bedrängten General Jaruzelski und seinen Vizepremier Mieczyslaw Rakowski, so die lapidare Erkenntnis der Herrenrunde in Genschers Ministerbüro, konnten sich nicht durchsetzen.

Dennoch rätselt der gekränkte Genscher, warum die Polen ausgerechnet ihn hätten düpieren wollen. Denn der Bonner Außenminister wirbt seit Monaten im westlichen Lager dafür, die Quarantäne des Warschauer Regimes zu beenden, damit „die Volksrepublik Polen die Isolierung überwinden kann, politisch und auch wirtschaftlich“.

Die Amerikaner stehen solchem Ansinnen skeptisch gegenüber und halten bislang an ihren Sanktionen fest. Auch der britische Staatsminister Malcolm Rifkind hielt während seiner Polen-Visite vor drei Wochen nichts von diplomatischer Zurückhaltung. Der Thatcher-Minister gab am Grab des ermordeten Priesters politische Erklärungen ab und zeigte sich demonstrativ mit polnischen Oppositionellen.

Genscher, soviel ist gewiß, wäre in Warschau „unterhalb der Reizschwelle“ geblieben. „Schrille Töne“ wollte Bonns Außenminister vermeiden. Statt dessen wollte er von der Versöhnung mit Polen als einem der „kostbarsten Ergebnisse deutscher Nachkriegspolitik“ reden. Und von dauerhaften Grenzen, die „wir Deutsche weder heute noch in Zukunft in Frage stellen“.

Doch gegen derart milde Töne fand sich auch in Bonn eine Allianz der Betonköpfe im Vorfeld der jetzt geplatzten Polen-Visite. Die sorgte mit ihrem Gerede vom „Deutschland in den Grenzen von 1937“ für jene schrillen Töne, die Genschers Polen-Politik konterkarieren.

Hardliner in der CDU/CSU mahnen seit Monaten eine Wende in der Ostpolitik an. Sie wollen sich nicht damit abfinden, nur wegen Genschers Anspruch auf Kontinuität eine Politik verteidigen zu müssen, die sie 13 Jahre lang in der Opposition bekämpft haben.

So ermahnte Herbert Czaja, CDU-Abgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen, Genscher noch zwei Tage vor seiner geplanten Abreise, er habe „kein Verhandlungsmandat, das über den Warschauer Vertrag hinausgeht“. Es gebe für die Polen in den Gebieten östlich von Oder oder Neiße „kein Vollrecht polnischer Souveränität“.

Aufgabe der Bonner Politik sei, so Czaja, „die deutsche Frage voll offenzuhalten und möglichst viel von Deutschland zu retten“.

Solches „Grenzgerede“ (Genscher) wird in Polen längst nicht mehr nur ein paar ewig Gestrigen zugeschrieben. Seit der Kanzler Vertriebenenentreffen mit seiner Anwesenheit beehrt und die deutsche Frage für „offen“ erklärt hat, gilt Helmut Kohl nicht länger als glaubwürdig.

Auch in Prag nicht. Dorthin will Genscher, wenn er nicht ausgeladen wird, am 17. Dezember fliegen. Springer-Journalist Ströhm hat sich für die Reise des Außenministers schon vormerken lassen.

BONN/WASHINGTON

Mit einem Winner

Zum Gipfeltreffen mit Kanzler Kohl ließ sich Präsident Reagan über die Flick-Affäre und ihre denkbaren Folgen unterrichten.

Eine Woche vor der Abreise Helmut Kohls zum wiedergewählten amerikanischen Präsidenten meldete sich der ägyptische Botschafter Shaffie Abdel-Hamid im Auswärtigen Amt. Ein Sonderbeauftragter seines Präsidenten Husni Mubarak führe gerade Gespräche in Israel, erläuterte er, und seine Regierung wäre außerordentlich dankbar, wenn der Herr Bundeskanzler mit Ronald Reagan in Washington auch das Nahost-Problem erörtern könne.

Abdel-Hamid erinnerte daran, daß Kohl dem ägyptischen Präsidenten bei dessen Bonn-Besuch seine guten Dienste zugesagt habe.

Kohl hat sich viel vorgenommen. Schon frühzeitig ließ er sich als einer der ersten Besucher nach den US-Wahlen auf Ronald Reagans Gästeliste setzen – nicht nur, um artig zu gratulieren.

Der Kanzler will sich vielmehr in Washington als Sachwalter europäischer Interessen in Erinnerung bringen. Die Chancen, die amerikanische Politik der nächsten vier Jahre zu beeinflussen, meinte er, seien um so größer, je früher er sich dort Gehör verschaffe. Und er mag sich einbilden, daß er noch am Textentwurf für Reagans Inaugurationsrede im Januar mitgestalten kann.

Wichtiger noch als Maklerdienste für arabische Staatsmänner im komplizierten Nahost-Konflikt scheint dem Kanzler, daß er kurz vor dem neuen Abrüstungsdialog der beiden Supermächte an zuständiger Stelle spezifisch deutsche und westeuropäische Interessen vortragen kann. Kohl möchte wie Helmut Schmidt in Washington ernst genommen werden, als Politiker und als Mahner.

„Dieser Besuch ist auch eine Bewährungsprobe für die Freundschaft von Kanzler und Präsident“, findet Regierungssprecher Peter Boenisch. „Kohl muß sicher sein, daß nichts gegen vitale Bonner Interessen geschieht.“

Den Bonnern ist daran gelegen, daß bei den Gesprächen der Außenminister George Shultz und Andrej Gromyko im Januar und bei den möglicherweise folgenden Detailverhandlungen nicht über die Köpfe der Europäer hinweg entschieden wird. Zwar scheint es ihnen eine „Illusion“ (Boenisch), die Amerikaner auf ständige Konsultation zu verpflichten. Aber gerade deshalb ist es ihnen wichtig, von Anfang an deutsche Positionen klarzumachen.

Der Kanzler und noch mehr sein Vize, Außenminister Hans-Dietrich Genscher, sind besorgt, daß die beiden Großen der Rüstung im All und einer möglichen



USA-Reisender Kohl*
Ein beschädigter Mann?

Beschränkung mehr Augenmerk widmen als einem Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa.

Bei den Wiener Verhandlungen über eine beiderseitige Truppenreduzierung, das wissen die Deutschen, stellen die USA bislang Forderungen, die für die Sowjets unakzeptabel sind: Einigkeit zwischen Bonn und Washington ließ sich

* Bei seinem letzten Besuch im Weißen Haus im März 1984.